

**Mag. Alexander Schallenberg**

Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 19. Dezember 2023

GZ. BMEIA-2023-0.761.757

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Johannes Margreiter, Kolleginnen und Kollegen haben am 19. Oktober 2023 unter der Zl. 16655/J-NR/2023 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Aufforderungsschreiben nach §8 AHG“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 6:**

- *Wie viele Aufforderungen nach § 8 Abs 1 AHG wurden in den Jahren 2020 bis 2022 an den Bund mit Zuständigkeit des BMEIA gerichtet?*
- *In welcher Höhe insgesamt wurden Ersatzansprüche geltend gemacht?*
- *Wie viele der geltend gemachten Ansprüche wurden innerhalb der 3-Monatsfrist mit welcher Gesamtsumme zur Gänze anerkannt?*
- *Wie viele der geltend gemachten Ansprüche wurden innerhalb der 3-Monatsfrist mit welcher Gesamtsumme zum Teil anerkannt?*
- *Wie viele der geltend gemachten Ansprüche wurden innerhalb der 3-Monatsfrist mit welcher Gesamtsumme zur Gänze abgelehnt?*
- *In wie vielen Fällen ist es im Anschluss an das Aufforderungsverfahren gemäß § 8 Abs 1 AHG zu einer gerichtlichen Geltendmachung der Ansprüche gekommen und mit welchen Gesamtsummen?*

*Bei der Beantwortung der Fragen wird um eine generelle Aufschlüsselung nach Jahren und nach Angelegenheiten unmittelbarer und mittelbarer Bundesverwaltung ersucht. Bei einer*

*gegebenenfalls vorhandenen mittelbaren Bundesverwaltung wird zusätzlich um eine Aufschlüsselung nach Bundesländern ersucht.*

Im Zeitraum 2020 bis 2022 haben insgesamt drei Personen Ansprüche nach § 8 Absatz 1 Amtshaftungsgesetz (AHG) in meinem Ministerium geltend gemacht. Eine Person hat Ansprüche in Höhe von 3.521.460,00 Euro geltend gemacht, eine weitere Person Ansprüche in Höhe von 4.218,00 Euro. Beide Fälle sind mittlerweile abgeschlossen und es waren keine Zahlungen von Seiten des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten zu leisten. Eine dritte Person hat Ansprüche in Höhe von 5.000,00 Euro geltend gemacht. In diesem Fall ist ein Gerichtsverfahren anhängig.

Mag. Alexander Schallenberg

